



Brüssel, den 4. November 2016
(OR. en)

12869/1/16
REV 1

COPEN 284
EUROJUST 123
EJN 57

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	9603/16
Betr.:	Rahmenbeschluss 2008/909/JI des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union - Erklärungen gemäß Artikel 7 Absatz 4 und Artikel 28 Absatz 2

Im Hinblick auf ihre Veröffentlichung im Amtsblatt gemäß Artikel 7 Absatz 4 und Artikel 28 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2008/909/JI¹ ist die aktualisierte Reihe von Erklärungen in der Anlage wiedergegeben.

¹ Rahmenbeschluss 2008/909/JI über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union, ABl. L 327 vom 15.12.2008, S. 27.

Rahmenbeschluss 2008/909/JI über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union

<u>Mitgliedstaat</u>	<u>Artikel 7 Absatz 4 (beiderseitige Strafbarkeit)</u>	<u>Artikel 28 Absatz 2 (Übergangsbestimmung)</u>
TSCHECHISCHE REPUBLIK	Die Tschechische Republik erklärt, dass sie Artikel 7 Absatz 1 nicht anwenden wird. In Bezug auf die vorgenannte Erklärung ist die Anerkennung von Entscheidungen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme im Hoheitsgebiet der Tschechischen Republik verhängt wird, an die Bedingung geknüpft, dass sie Handlungen betrifft, die auch nach dem Recht der Tschechischen Republik eine Straftat darstellen, unabhängig von ihren Tatbestandsmerkmalen oder ihrer Beschreibung.	
DEUTSCHLAND	Artikel 7 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses findet bei der Vollstreckung ausländischer Urteile in der Bundesrepublik Deutschland keine Anwendung.	

<u>Mitgliedstaat</u>	<u>Artikel 7 Absatz 4</u> <u>(beiderseitige Strafbarkeit)</u>	<u>Artikel 28 Absatz 2</u> <u>(Übergangsbestimmung)</u>
FRANKREICH	Frankreich erklärt gemäß Artikel 7 Absatz 4 des Rahmenbeschlusses, dass es Artikel 7 Absatz 1 nicht anwenden wird.	
KROATIEN	Gemäß Artikel 7 Absatz 4 des Rahmenbeschlusses teilt die Republik Kroatien mit, dass ein zuständiges Gericht Urteile in Strafsachen, durch die freiheitsentziehende Strafen oder Maßnahmen verhängt werden, wegen Handlungen, die – ungeachtet der rechtlichen Würdigung oder Zuordnung der nach dem entgegengenommenen Urteil beschriebenen Straftat – nach dem innerstaatlichen Recht wesentliche Merkmale einer Straftat umfassen, anerkennt.	
IRLAND	<p><i>Veröffentlicht im ABl. L 91 vom 29.3.2012, S. 28.</i></p> <p>Irland erklärt gemäß Artikel 7 Absatz 4, dass es Artikel 4 Absatz 1 nach dem Inkrafttreten dieses Rahmenbeschlusses nicht anwenden wird.</p>	<p><i>Veröffentlicht im ABl. L 91 vom 29.3.2012, S. 28.</i></p> <p>Irland erklärt gemäß Artikel 28 Absatz 2, dass es in Fällen, in denen das rechtskräftige Urteil vor dem Inkrafttreten des Rahmenbeschlusses ergangen ist, als Ausstellungs- und Vollstreckungsstaat weiterhin die vor dem Inkrafttreten dieses Rahmenbeschlusses für die Überstellung verurteilter Personen geltenden Rechtsinstrumente anwenden wird.</p>

<u>Mitgliedstaat</u>	<u>Artikel 7 Absatz 4</u> <u>(beiderseitige Strafbarkeit)</u>	<u>Artikel 28 Absatz 2</u> <u>(Übergangsbestimmung)</u>
LETTLAND		Lettland erklärt gemäß Artikel 28 Absatz 2, dass es in Fällen, in denen das rechtskräftige Urteil vor Ablauf von drei Jahren nach dem Inkrafttreten des Rahmenbeschlusses ergangen ist, als Ausstellungs- und Vollstreckungsstaat weiterhin die vor diesem Rahmenbeschluss für die Überstellung verurteilter Personen geltenden Rechtsinstrumente anwenden wird.
LITAUEN	Die Republik Litauen erklärt gemäß Artikel 7 Absatz 4 des Rahmenbeschlusses 2008/909/JI des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union, dass die zuständigen Behörden Litauens Artikel 7 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses nicht anwenden werden.	Litauen erklärt gemäß Artikel 28 Absatz 2, dass es in Fällen, in denen das rechtskräftige Urteil vor Ablauf von drei Jahren nach dem Inkrafttreten des Rahmenbeschlusses ergangen ist, als Ausstellungs- und Vollstreckungsstaat weiterhin die vor diesem Rahmenbeschluss für die Überstellung verurteilter Personen geltenden Rechtsinstrumente anwenden wird.

<u>Mitgliedstaat</u>	<u>Artikel 7 Absatz 4</u> <u>(beiderseitige Strafbarkeit)</u>	<u>Artikel 28 Absatz 2</u> <u>(Übergangsbestimmung)</u>
UNGARN	Ungarn erklärt gemäß Artikel 7 Absatz 4 des Rahmenbeschlusses des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Europäischen Union, dass es Artikel 7 Absatz 1 dieses Rahmenbeschlusses auf die darin genannten Straftaten nicht anwenden wird.	
MALTA		Malta erklärt in Bezug auf Artikel 28 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2008/909/JI des Rates betreffend die Übergangsbestimmung, dass es in Fällen, in denen das rechtskräftige Urteil vor dem 5. Dezember 2011 ergangen ist, als Ausstellungs- und Vollstreckungsstaat weiterhin die vor dem 5. Dezember 2011 für die Überstellung verurteilter Personen geltenden Rechtsinstrumente anwenden wird. Das Generalsekretariat des Rates könnte diese Erklärung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichen.

<u>Mitgliedstaat</u>	<u>Artikel 7 Absatz 4</u> <u>(beiderseitige Strafbarkeit)</u>	<u>Artikel 28 Absatz 2</u> <u>(Übergangsbestimmung)</u>
NIEDERLANDE	Die Niederlande erklären hiermit, dass sie Artikel 7 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses nicht anwenden werden.	<i>Veröffentlicht im ABl. L 265 vom 9.10.2009, S. 41.</i> Gemäß Artikel 28 Absatz 2 erklären die Niederlande, dass sie in Fällen, in denen das rechtskräftige Urteil früher als drei Jahre nach dem Inkrafttreten des Rahmenbeschlusses ergangen ist, als Ausstellungs- und Vollstreckungsstaat weiterhin die vor dem Rahmenbeschluss für die Überstellung verurteilter Personen geltenden Rechtsinstrumente anwenden werden.
ÖSTERREICH	Österreich erklärt, dass es Artikel 7 Absatz 1 nicht anwenden wird.	
POLEN	Gemäß Artikel 7 Absatz 4 des Rahmenbeschlusses teilt die Republik Polen mit, dass sie Artikel 7 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses nicht anwenden wird (siehe Ratsdokument ST 15100/08 vom 3. November 2008).	<i>Veröffentlicht im ABl. L 146 vom 1.6.2011, S. 21.</i> Gemäß Artikel 28 Absatz 2 erklärt die Republik Polen, dass sie in den Fällen, in denen das rechtskräftige Urteil innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten des Rahmenbeschlusses ergangen ist, als Ausstellungs- und Vollstreckungsstaat weiterhin die vor Inkrafttreten des Rahmenbeschlusses geltenden Rechtsinstrumente für die Überstellung verurteilter Personen anwenden wird.

<u>Mitgliedstaat</u>	<u>Artikel 7 Absatz 4</u> <u>(beiderseitige Strafbarkeit)</u>	<u>Artikel 28 Absatz 2</u> <u>(Übergangsbestimmung)</u>
RUMÄNIEN	Rumänien erklärt hiermit, dass es Artikel 7 Absatz 1 nicht anwenden wird.	
SLOWENIEN	Die Republik Slowenien erklärt hiermit, dass sie Artikel 7 Absatz 1 nicht anwenden wird.	